

Prozent der Westdeutschen zumindest nominell zu einer christlichen Konfession bekennen. Dennoch muß schon mit Blick auf die Menschen in den neuen Bundesländern, für die die Gottesfrage über 40 Jahre lang offiziell ideologisch besetzt war, gefragt werden, inwieweit die Nennung Gottes einsichtig gemacht werden kann. Schon deshalb darf die Diskussion um alternative Formulierungen nicht grundsätzlich abgeblockt werden. fo

Signal

Papstbrief an die italienischen Bischöfe

Wenige Tage vor der Auflösung des italienischen Parlaments durch Staatspräsident *Oscar Luigi Scalfaro* und der Ankündigung von Neuwahlen für den 27. März schaltete sich Johannes Paul II. mit einer spektakulären Aktion in das verworrene politische Kräftespiel der Übergangsphase zwischen „erster“ und „zweiter“ italienischer Republik ein: Am 10. Januar wurde ein vom Dreikönigstag datierter Brief des Papstes an die italienischen Bischöfe über die „Verantwortung der Katholiken angesichts der Herausforderungen des gegenwärtigen geschichtlichen Augenblicks“ veröffentlicht. Johannes Paul II. hat in der letzten Zeit verschiedentlich in Ansprachen und Predigten zur politischen Krisensituation Italiens Stellung genommen (etwa bei seiner Reise nach Sizilien im vergangenen Jahr). Der Brief an die Bischöfe vom 6. Januar ist aber formal wie inhaltlich von besonderem Gewicht und sorgte in der italienischen Presse denn auch für Schlagzeilen.

Über weite Strecken handelt der Brief allerdings nicht vom „gegenwärtigen politischen Augenblick“. Hauptthema ist vielmehr die religiöse, kulturelle und nationale Tradition Italiens, die es zu bewahren gelte. Der Papst spricht vom *Erbe des Glaubens* („Der von Petrus, Paulus und ihren Schülern ausge-

streuete Same hat im Herzen der Bevölkerung dieses Landes tiefe Wurzeln geschlagen“), vom *kulturellen Erbe* Italiens, auf das die ganze Welt mit Bewunderung und Neid blicke und vom „*Erbe der Einheit*“: Die Italiener hätten sich kraft ihrer Sprache, der geschichtlichen Herkunft, von Glaube und Kultur immer als Teil eines einzigen Volkes betrachtet.

Vor diesem Hintergrund erinnert Johannes Paul II. an die tief im christlichen Glauben verwurzelten Gründerväter des neuen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wie *Adenauer*, *Schuman* und *De Gasperi* und fordert dazu auf, dieses geistige und politische Erbe nicht nur zu bewahren und zu verteidigen, sondern weiterzuentwickeln und zu stärken. Dabei wird Italien eine besondere Rolle zugesprochen: Die Aufgabe, „für ganz Europa die religiöse und kulturelle Hinterlassenschaft zu verteidigen, das in Rom seit der Zeit der Apostel Petrus und Paulus eingewurzelt ist“.

Der Bezug zur aktuellen politischen Situation und zur Diskussion innerhalb des italienischen Katholizismus wird erst dort sichtbar, wo sich der Papstbrief gegen die Auffassung wendet, eine „vom Christentum inspirierte politische Kraft“ sei heute nicht mehr notwendig. Allerdings läßt der Text offen, ob Johannes Paul II. mit dieser politischen Kraft die am 18. Januar als „Italienische Volkspartei“ („Partito Popolare Italiano“) neugegründete bisherige Regierungspartei „Democrazia Cristiana“ meint. Es bleibt bei der parteipolitisch offenen Formulierung, die Präsenz der christlichen Laien im gesellschaftlichen und politischen Leben sei nicht nur im Widerstand gegen den Totalitarismus, nicht zuletzt den Kommunismus wichtig gewesen, sondern sei weiterhin notwendig, „um auf der sozialen und politischen Ebene die christliche Tradition und Kultur der italienischen Gesellschaft auszudrücken“.

Der Brief vermeidet eine direkte Empfehlung der Christdemokraten, die bei den Teilkommunalwahlen Ende 1993 eine vernichtende Niederlage erlitten

(vgl. HK, Januar 1993, 8ff.) und deren Nachfolgepartei für die Parlamentswahlen im März wenig chancenreich ist, spricht aber von der Notwendigkeit einer „geeinten und kohärenten Präsenz“ der christlichen Laien. Er enthält auch ausgesprochen lobende Worte für die Leistungen der italienischen Christdemokraten in den vergangenen vierzig Jahren (genannt werden der wirtschaftliche Aufschwung wie die Bewahrung von Freiheit und Demokratie). Eher schonend geht Johannes Paul II. dagegen mit den in den letzten Jahren aufgedeckten Verwicklungen vieler Christdemokraten in Korruptionsfälle und ihrem Anteil am italienischen Klientensystem um: Es habe „nicht an Personen gefehlt, die auch schweres Verschulden nicht zu vermeiden wußten“.

Unmißverständlich ist der Brief demgegenüber in seiner Verurteilung korporatistischer und separatistischer Bestrebungen, wie sie teilweise von der jetzt in der Lombardei und angrenzenden Gebieten politisch dominierenden „Lega Nord“ vertreten wurden bzw. noch werden. Hier schließt der Text an frühere Äußerungen des Papstes und der italienischen Bischofskonferenz an, indem er die Liebe zum nationalen Gemeinwohl und die Solidarität zwischen den verschiedenen Teilen Italiens sowie im Blick auf Europa und die Dritte Welt beschwört.

Unter Hinweis auf eine entsprechende Bemerkung des früheren Staatspräsidenten *Sandro Pertini* äußert Johannes Paul II. in seinem Brief an die italienischen Bischöfe die Überzeugung, die Kirche des Landes könne viel mehr tun, als man ihr normalerweise zutraue. Die Chancen für eine Neubesinnung der italienischen Kirche auf ihre eigentlichen Stärken stehen in der gegenwärtigen Lage tatsächlich nicht schlecht: Es hat sich inzwischen gezeigt, daß die kirchliche Option einer Unterstützung der „Democrazia Cristiana“ eher kontraproduktiv war und den tiefen Fall sowie die Spaltung der katholischen Partei (in die „Italienische Volkspartei einerseits und das „Christlich-demokratische Zentrum“ andererseits) nicht verhindern konnte.

Vor allem Kardinal *Camillo Ruini*, der Vorsitzende der Italienischen Bischofskonferenz und Generalvikar des Papstes für die Diözese Rom, hat sich – nicht unwidersprochen innerhalb des Episkopats – bisher massiv für die DC und die politische Einheit der Katholiken eingesetzt. Jetzt ist es für das kirchliche Amt an der Zeit, dem Engagement der katholischen Laien in der gegenwärtigen Übergangssituation des italienischen Parteiensystems Raum zu lassen und ihre eigenständige Verantwortung zu respektieren. ru

Politfolklore

Ein überflüssiger Schulstreit in Frankreich und kein Ende

Man traut seinen Augen nicht: Genau zehn Jahre nach der letzten großen Massendemonstration in Paris im Zusammenhang mit einer Novellierung gesetzlicher Bestimmungen über die Privatschulen (vgl. HK, März 1984, 106f.), ließen sich am Sonntag, dem 16. Januar, wiederum Hunderttausende durch dieses Thema auf die Straße locken.

Seinerzeit suchten Anhänger der privaten, zumeist katholischen Schulen ein Gesetz zu verhindern, mit der die damalige linke Regierungsmehrheit die Privatschulen an die kurze Leine legen wollte. Heute sind es die Anhänger der „*école publique*“, die die bürgerliche Regierungsmehrheit daran hindern wollen, den weiterhin ungeliebten „freien Schulen“ – so die französische Bezeichnung für die Schulen in privater, zumeist kirchlicher Trägerschaft – bessere finanzielle Unterstützung seitens der staatlichen Gebietskörperschaften zukommen zu lassen.

Dabei hätte es strenggenommen dieser Demonstration gar nicht mehr bedurft. Wenige Tage vor der angekündigten Massenveranstaltung kippte der Conseil d'Etat, der Verfassungsrat, die Gesetzesnovellierung, indem er, ange-

rufen von Abgeordneten und Senatoren der sozialistischen Opposition, einen zentralen Artikel des neuen Gesetzes wegen angeblicher Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes verwarf – Höhepunkt und voraussichtlich vorläufiges Ende eines beispiellosen parlamentarischen Gezerres um eine Gesetzesnovellierung.

Die erforderliche Abstimmung über das Gesetz in der zweiten Kammer des Parlamentes, dem Senat, kam vor einem halben Jahr wegen purer Obstruktion der Opposition vor der Sommerpause nicht mehr zustande (vgl. HK, August 1993, 385f.). Nach den Sommerferien wurde eine Kommission beauftragt, einen Bericht über die finanzielle Situation der Privatschulen zu erstellen. Dieser Bericht sollte der Dringlichkeit des Gesetzes weitere Plausibilität verschaffen. Nachdem dieser am 13. Dezember vorgelegt worden war und u. a. erhebliche Sicherheitsmängel in den Privatschulen offengelegt hatte, passierte das Gesetz nur 48 Stunden später den Senat.

Dieser Überrumpelungscoup – der Lyoner Erzbischof, Kardinal *Albert Decourtray*, distanzierte sich von diesem Vorgehen „à la hussarde“ – wiederum provozierte auf der Seite der vorerst Unterlegenen erheblichen Unmut, erste Demonstrationen sowie die Ankündigung einer Großdemonstration für den 16. Januar in Paris. Ministerpräsident *Edouard Balladur* versuchte noch vor Weihnachten, die Gemüter dadurch zu beruhigen, daß er eine entsprechende Untersuchung auch bei öffentlichen Schulen ankündigte und am 4. Januar ein Hilfsprogramm für alle Schulen der Öffentlichkeit vorstellte. Vergeblich, wie man inzwischen weiß. Erziehungsminister *François Bayrou*, der auch für die umstrittene Verabschiedung des Gesetzes durch den Senat verantwortlich gemacht wird, kündigte bereits an, die Regierung werde nach dem Entscheid des Conseil d'Etat auf die Gesetzesnovellierung gänzlich verzichten.

So unterschiedlich sich der „Schulkrieg“ 1984 und der „Schulstreit“ von 1993/94 in mehrfacher Hinsicht auch ausnehmen – in einem sind sie ver-

wandt: Für die jeweils Regierenden markiert dies ein wichtiges Datum ihrer Regierungszeit. Vor zehn Jahren setzte man mit der Schuldemonstration zugunsten der Privatschule der damals erst wenige Jahre alten *linken Regierungsmehrheit* deutliche Grenzen. Das Scheitern einer Lieblingsidee der Linken markierte eine wichtige Etappe im ersten Septennat, der siebenjährigen Amtszeit von Präsident *François Mitterrand*, als Übergang zu einer weniger ideologisierten Position auf zahlreichen Feldern seiner Innenpolitik.

1994 verpaßt die Schuldemonstration vom 16. Januar und das Ende der Novellierung der „*Loi Failloux*“ vor dem Verfassungsrat demgegenüber einen vielerorts durchaus willkommenen Dämpfer einem Ministerpräsidenten, der sich, weil äußerst populär, in den Augen seiner politischen Gegner wie Freunde bereits im unaufhaltbaren direkten Durchmarsch in den Elysée-Palast zu befinden schien.

Daß dieses von der Regierung offenbar zeitweise unterschätzte Thema eine solche Dynamik entwickelte, hatte andererseits auch damit zu tun, daß es der Opposition die willkommene Gelegenheit bot, wieder einmal unübersehbar Konturen zu zeigen. Daß dies auf lange Sicht allenfalls Politfolklore ist, vermochte den momentanen Erfolg nicht zu mindern. Begünstigend kam hinzu, daß nach allgemeiner Auffassung in der französischen Schule generell soviel im argen liegt, daß ein massives Contra vielen schon von daher mehr als angezeigt schien.

Das alles ändert nichts daran, daß nach dem Befinden vieler Franzosen der ganze Streit *anachronistisch* ist und bleibt. Er belebt Oppositionen, die man bereits für überstanden hielt und die es eigentlich auch sind. Die Opposition von laizistisch und klerikal, die einmal am Beginn dieses Streits stand, hat ausgedient. Eine gewisse Wiederbelebung finden laizistische Ängste vor der Religion allenfalls im Zusammenhang mit dem Wirken fundamentalistischer islamischer Gruppen.

Bis heute verhindern in Frankreich Reste einer republikanischen Gesell-